

Revision. Die Politik der Deutschnationalen ist die Politik der Gemeinwohlpolitik, die Politik der Wohlfahrt. Auf unserer Seite wird alles kämpfen, was die Demokratie und die Republik retten und schützen will, das niemals wieder ein Reich ohne Verlorene geben kann. Für und heißt es auf alle Fälle bereit sein für die große Abrechnung mit der Reaktion unter der Parole: Für die Republik gegen die Reaktion! Für Demokratie und Sozialismus gegen die Ausplünderer des Volkes! Für Reichsrecht und gegen Reichsverrat!

Jur Wahl des Grafen Lerchenfeld

München, 21. September. Graf Lerchenfeld war vor dem Zusammenritt des Landtages in der Sitzung der Bayerischen Volkspartei erschienen, wo er eine kurze Programmrede auf der Grundlage der bayerischen Politik im Rahmen unentwegter Reichstreue und Vertretung der bayerischen Grundzüge hielt. Ueber die Persönlichkeit des neuen bayerischen Ministerpräsidenten berichtet die Bayerische Staatszeitung: „Graf von Lerchenfeld auf Schönburg ist am 21. August 1871 als Sohn des im Jahre 1907 verstorbenen Präsidenten der bayerischen Reichskammer Ludwig Grafen v. Lerchenfeld geboren. Graf Lerchenfeld war Jüngling der Gacrie, studierte dann Rechts- und Staatswissenschaften. 1904 kam er in das Ministerium des Innern. Er wurde dann 1907 zum Regierungsdirektor ernannt. Später wurde er Bezirksamtmann in Berchtesgaden. Am 10. Oktober 1917 wurde er als deutscher Regierungsdirektor in den polnischen Staat nach Warschau berufen. Zur Zeit ist er Bevollmächtigter des Deutschen Reiches in Darmstadt. Bemerkenswert ist Graf v. Lerchenfeld seit dem 24. September 1902 mit der Amerikanerin Ethel Syman.“

München, 21. September. Vor der Wahl des Ministerpräsidenten gab Abg. Hilpert im Namen und im Auftrag der Bayerischen Mittelpartei folgende Erklärung ab: Bei der schweren Krise, in die das Vorgehen der Reichsregierung den bayerischen Staat geführt hat, handelt es sich darum, dem bayerischen Staat die von der Weimarer Verfassung ihm noch übrig gebliebenen Rechte seiner staatlichen Souveränität zu erhalten. Es dürfte die Ansicht der unter starkem sozialistischen Druck stehenden Reichsregierung gewesen sein, die andere geartete bayerische Regierung aus dem Sattel zu heben. In der Tat haben die Verhandlungen über die Bereinigung der Reichsregierung vom 20. August 1921 zu Komplikationen geführt, die den Wiedereintritt der bisherigen bayerischen Regierung zur Folge hatten. Das Ministerium hat aber durch einseitige, schwere Jahre die Politik des bayerischen Staates so geführt, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und eine stetige friedliche Entwicklung gewährleistet und die Rechte Bayerns gewahrt wurden. Der weitaus überwiegende Teil des bayerischen Volkes steht hinter Herrn v. Kahr, in dem es die Würdigung für eine zielstrebige Durchführung der bisherigen Politik sieht. In zahllosen Kundgebungen ist dieser Wille des Volkes zum Ausdruck gekommen. Wir glauben, diesem Willen dadurch entsprechen zu können, daß wir unsere Stimmen auf Herrn v. Kahr vereinigen.

Diskussion für Endwahlen

an. Sozialminister Oswald teilte mit, die Regierung habe sofort den bedauerndsten Hinterbliebenen und Verletzten das herzlichste Beileid ausgesprochen. Er, der Minister, und der Landesgouverneur würden noch heute abreisen, um sich persönlich von dem Sachverhalt zu überzeugen. Die Regierung werde jenen unverzüglich die nötigen Mittel anweisen, um den Beteiligten vorläufig Zuschüsse gewähren zu können.

Das neue Kabinett?

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) München, 21. September. Die neue Regierung in Bayern wird sich nicht viel vom Kabinett Kahr unterscheiden. Es kann wohl schon als ziemlich sicher angenommen werden, daß vom Kabinett Kahr wie er zurückkehren werden: von der Bayerischen Volkspartei Kultusminister Katt, Finanzminister Krausnick, Sozialminister Oswald und Staatssekretär des Innern Schwenker, vom Bayerischen Bauernbund Landwirtschaftsminister Burghofer, von der Deutsch-demokratischen Partei Handelsminister Hamm. Noch nicht entschieden ist die Haltung der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei, die bisher der Justizminister gestellt hatte. Wenn die Bayerische Mittelpartei und die Deutsche Volkspartei aus der Koalition heraus und machen sie die Regierungsbildung nicht mit, dann wird der Posten des Justizministers frei und würde naturgemäß den Demokraten zufallen. Daß bei einer solchen Wandlung der Dinge die Demokraten wieder auf ihren früheren Justizminister Dr. Müller-Meinungen zurückgreifen würden, ist wohl ziemlich sicher. Weist die Bayerische Mittelpartei in der Koalition, so würde es sich darum drehen, ob der bisherige Justizminister Roth auch in das neue Kabinett einzutreten gewillt ist.

Für die Entfernung des Münchner Polizeipräsidenten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Berlin, 22. September. Wie aus München gemeldet wird, wird von den drei bayerischen Koalitionsparteien im Landtag vorwiegend ein Antrag eingebracht werden, in dem die Entfernung des Münchner Polizeipräsidenten Pöhnert von seinem Posten gefordert wird.

Ausschluß eines Abgeordneten aus der Bayerischen Volkspartei

München, 21. September. Die Bayerische Volkspartei hat den Abgeordneten Dr. Zahnbrecher, Führer der Opposition gegen die Politik des Parteivorstandes Heide und unentwegter Anhänger von Kahr wegen großen Vertrauensbruchs aus der Partei ausgeschlossen. Dr. Zahnbrecher hatte gestern früh in der „Münchener Zeitung“ starke Angriffe gegen die Partei gerichtet, Resignation verlangt und die Rückberufung von Kahr gefordert. Die Verhandlungen mit Berlin sollten seiner Ansicht nach den parlamentarischen Ausschüssen entzogen und mit allen Vollmachten einzig und allein Dr. v. Kahr übertragen werden.

Professor Kahl über Deutsche Volkspartei und Koalition

Berlin, 21. September. Ein Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Professor Kahl, spricht zu einem Vertreter der „A. F.“: Unsere Vereinstätigkeit, mit der Sozialdemokratie zu arbeiten, ist ein alter Programmteil der Deutschen Volkspartei. Was wir immer bekämpft haben, ist der Anspruch der Sozialdemokraten, in der Regierung tonangebend zu sein und eine Vorherrschaft über die anderen Koalitionsparteien auszuüben. Wir denken natürlich nicht daran, uns an die Sozialdemokraten heranzuhängen, erkennen aber die dringende Notwendigkeit an, daß endlich eine breitere Basis für die Regierung geschaffen wird. Sollte es zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten kommen, so muß die Voraussetzung dafür ein solches Boden für die gemeinsame Arbeit sein, daß unsere grundsätzlichen Anschauungen nicht verletzt werden. Die Frage der Staatsform braucht jetzt kein Trennungsgewand zu sein. Jeder einigermaßen verständige Politiker muß sich sagen, daß dieses Problem heute keine entscheidende Rolle spielen kann. Monarchistische Agitation bedeutet jetzt ein Spielchen mit dem Feuer. Er gebe ohne weiteres zu, daß praktische Politik nur mit der Arbeiter-schaft gemacht werden kann. Er verweise aber immer wieder darauf, daß weite Arbeiterkreise nicht sozialistisch gesinnt sind, sondern auf unserer Seite stehen. Eine Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten würde zweifellos auf eine Überbrückung des gegenwärtigen Hindernisses, den das heute ganz unerschöpfliche, aber gefährliche Schlagwort „Voll und ganz Arbeit“ schaffen will.

Eine Anfrage an den Reichskanzler

Die „Germania“, die im Verlaufe eines Artikels: „Kappismus“ Anmerkungen über die Leistungen der Reichsregierung in dem immer wieder hervorgehoben wird, daß der Reichskanzler bezüglich der Weimannschen Verträge mehr Einzelheiten wissen, als er der Öffentlichkeit erzählt, stellt dem Reichskanzler folgende Frage:

Hat Herr Weismann oder hat der Herr Reichskanzler Tatsachen anzuweisen, daß in München unter dem Schutze einer reaktionären Regierung — von dieser bemerkt oder nicht — ein neuer Kaputtisch unvorbrechlicher Element, die den Reich als Mittel benutzten, doch erreicht wurde? Hier, Herr Reichskanzler, ist die formulierte Frage! Beantworten Sie sie so schnell wie möglich!

Die Koalitionsfrage im Reich

Berlin, 21. September. Zu den Reden über eine Regierungsbildung im Reich erklärt der „Volk-Anzeiger“ noch, daß bisher noch nicht einmal eine Fühlungnahme mit der Deutschen Volkspartei stattgefunden habe. Die Verhältnisse im Reich liegen jetzt sehr schwierig. Wenn man in Verhandlungen über die Umbildung des Reichskabinetts eintritt, müßte erst einmal eine Verständigung in den Steuerfragen herbeigeführt werden, die in der nächsten Sitzungsperiode des Reichstags zur Verhandlung kommen sollen. Von völksparteilicher Seite wird erklärt, daß schon aus diesem Grunde sich die Verhandlungen über den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung außerordentlich schwierig gestalten dürften. Weistlich glücklicher sagen allerdings die Dinge in Preußen. Hier rechnet man auch innerhalb der Deutschen Volkspartei mit baldigen Verhandlungen, die einen Eintritt der Mehrheitspartei und der Deutschen Volkspartei in die Regierung des größten deutschen Bundesstaates zum Ziele haben.

Die Kabinettsbildung in Preußen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Berlin, 22. September. Obwohl, wie verlautet, über die Kabinettsbildung noch keine offiziellen Verhandlungen gepflogen worden sind, hatte Ministerpräsident Steyerwald in den letzten Tagen mit den in Betracht kommenden Parteien Verhandlungen über die Frage der Umbildung des preussischen Kabinetts. Diese Beratungen dürften in kürzester Zeit zu einem Ergebnis führen. Das Bestreben Steyerwalds wird, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, von einer sehr hochgestellten Reichsbehörde weitgehend unterstützt. Die Nachrichten, die von einer Uebernahme des Kultusministeriums durch Steyerwald wissen wollen, sind, wie bereits mitgeteilt, unzutreffend. Sollte Steyerwald nach der Umbildung des Kabinetts noch weiter der preussischen Regierung angehören, so dürfte das nur in der

Unsere Dresdner Leser
bitten wir
die letzte Seite dieser Nummer
besonders
zu beachten!

Stellung des Ministerpräsidenten sein. Steyerwald selbst erwägt jedenfalls gegenwärtig, ob er auch die Beendigung seiner auf die Verbreitung der Regierungsbasis abzielende Politik im preussischen Kabinett verfolgen will. Alle bisher in der Öffentlichkeit diskutierten Personensagen sind, wie ebenfalls schon verlautet, Kombinationen, da die Parteien in dieser Richtung vor dem Zusammenritt des Parlaments nichts unternehmen werden.

Neue Reichskanzlerbesprechungen mit der Industrie

Berlin, 21. September. Der Reichskanzler hatte gestern Besprechungen mit führenden Vertretern des deutschen Handels und der Industrie, die der Zahlungsbeschaffung für die nächsten Raten an die Entente dienen. Wie der Kanzler mitteilte, soll das bevorstehende Abkommen des Reiches mit der Industrie möglichst noch bis 1. Oktober zum Abschluß gebracht werden, da im Oktober die neuen Milliardenzahlungen für die Bejahungsarmee fällig werden.

Die Vorgänge bei den Waffenstillstandsverhandlungen als Unterrichtsfach

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Berlin, 22. September. Der Parteitag der deutsch-demokratischen Partei im Reichstagswahlkreis 13 beschloß, den Reichstagsfraktion zu fordern, daß sie im Reichstags einen Antrag einbringt, der Reichstag solle bezüglich der Vorgänge bei Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen in geschichtlich getreuer Reihenfolge auf Kosten des Reiches in allen Schulen und öffentlichen Gebäuden auslagern und in den Schulen besprechen zu lassen.

Opposition gegen den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag

London, 21. September. „Daily Telegraph“ meldet: Bericht aus Washington zufolge entwickelte sich im amerikanischen Senat eine Opposition gegen den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag mit Deutschland. Es sei zwar un-wahrscheinlich, daß die republikanischen Senatoren nicht in der Lage wären, die notwendige Zweidrittelmehrheit zusammenzubringen. Jedoch würde eine ausgebreitete Debatte über alle Fragen der internationalen Politik stattfinden, welche die Ratifizierung des Friedensvertrages beträchtlich verzögern würde. Die republikanischen Unversöhnlichen sollen sich dem Vertrag mit der europäischen Streitigkeiten hineinziehen würde. Andererseits hätten die Demokraten die Ansicht, den Friedensvertrag zu bekämpfen, weil er die Vereinigten Staaten zu wenig zur Teilnahme an europäischen Angelegenheiten verpflichte und weil ein Sonderverhältnis mit Deutschland entstehen sei.

Die nächsten deutschen Zahlungen

Berlin, 21. September. Aus Paris wird gemeldet: Der „Temps“ erläutert daran, daß Deutschland am 15. November 1921 und am 15. Januar 1922 die nächsten Zahlungen in Gold oder in Naturalia zu leisten hat. Am 15. November sind 26 v. v. vom Wert der deutschen Ausgabe in den Monaten Mai-Juli 1921, nach Ansicht des „Temps“ etwa 300 Millionen Goldmark, und am 15. Januar 1922 500 Millionen Goldmark, nämlich ein Viertel der festen Jahreszahlungen von 2 Milliarden.

Die Besatzungstruppen

Paris, 21. September. Aus Berlin wird gemeldet worden, daß man am 15. September mit dem Rückzug der französischen Truppen begonnen hätte, die gegebenenfalls das Ruhrgebiet besetzen sollten. In Wirklichkeit handelte es sich nur um über-schüssige Truppen, die den Winter über nicht untergebracht werden können. Die Maßnahme ist auf Anregung des Generals

3. Sächsischer Katholikentag

Am Montag hielt der Sächsischer Katholikentag seine letzte Sitzung. Aus den Berichten der Unterausschüsse war zu entnehmen, daß die Zahl der Besucher die der vorhergehenden Katholikentage noch weit übertreffen wird. Die Zahl der bereits verkauften Mitgliedskarten ist eine sehr große. Die Veranstaltung erscheint demnach finanziell gesichert. Die Festhalle geht in ihrem inneren Ausbau der Vollendung entgegen. Podium und Altar sind an der Spitze aufgestellt. Ueber 4000 Sitzgelegenheiten gelangen zur Aufstellung. Von den Veranstaltungen ist noch hervorzuheben, daß eine große Anzahl von Vertretern der drei katholischen Studentenverbände Sonntag vormittag 9.30 Uhr eine Auffahrt zum Festplatzdienst vornehmen wird. Zahlreiche Vereine erscheinen mit Köhnen. Die hochwürdigsten geistlichen Herren, die beim Festplatzamt ausgehen sein werden, werden freundlich gebeten, Talar und Hoheit mitzubringen. —chu—

An die Teilnehmer aus Dresden

Es ist befürchtet worden, daß viele Teilnehmer aus Dresden, die am Sonntag den Frühzug 6.32 ab Dresden-Hauptbahnhof zur Fahrt nach Pausen benutzen wollen, nicht untergebracht werden könnten. Zur Verhütung sei folgendes mitgeteilt: Der Ortsverband hat die Betriebsleitung in Dresden aufmerksam gemacht, daß am Sonntag den 22. September zum Zug 6.32 ab Dresden-Hauptbahnhof ein starker Andrang zu erwarten sei. Die Betriebsleitung hat angeordnet, für genügend Wagen dritter und vierter Klasse zu sorgen. Bei starkem Andrang ist vorzusehen, einen Vorkäufer beim Fahrplankontrollen zuge voranzuschicken. Ebenso werden am Abend in Pausen an den Bahnhöfen Wagen zur Rückfahrt da sein. Eine Befürchtung, nicht fortzukommen, besteht also nicht. Der Ortsverband der kath. Vereine Dresden.

An die Teilnehmer aus Schirgiswalde

Zum Katholikentag nach Pausen fährt am Sonntag ein Sonderzug. Ab Schirgiswalde 7.51, ab Wilthen 8.03, ab Kodersburg 8.12, an Pausen 8.28. Zurück fährt er abends 7.47. Die Fahrkarte dritter Klasse kostet 1.00 und gültig 4.00 Mark. Die Fahrkarte für den Hin- und Rückfahrt gibt es. Da ich jedoch 2.00 Mark Kaution hinterlegen muß und der Zug diese Summe liefert, so bitte ich rund 5 Mark zu zahlen. Die Fahrkarten werden bis Freitag abend bei mir oder den Vertrauensleuten bestellt und bezahlt werden. Sonnabend werden sie dann verteilt. Am Schalter gibt es keine Sonderkarten. Zu mehr mitfahren, desto billiger ist die Fahrt. Sollten keine 500 mitfahren, dann würde noch etwas nachgezahlt werden müssen. Daß der Zug auch in Großschönau hält, ist beantragt. Die Teilnehmer von Wilthen und Kirchaun (Hobewitz) erhalten nur durch den Unterscheideten Fahrkarten. Der Preis von Hobewitz beträgt 2.00 Mark.

Dr. Wilhelm Cappa-Schirgiswalde.

Deputierte und des Oberkommissars Tirard im vollen Einvernehmen mit dem Kriegsminister getroffen worden. Sie hätte in keiner Weise eine Aufhebung der militärischen Zwangsmaßnahmen zur Folge.

Die Abrüstungskonferenz

London, 21. September. Neuler meldet aus Washington: Der britische Vorkonzern Sir Auckland Geddes hat dem Staatssekretär Hughes mitgeteilt, daß Lord George und Lord Curzon nicht in der Lage sein würden, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, da wichtige innere Angelegenheiten ihre Anwesenheit in England erforderlich machten. Obgleich eine amtliche Bekräftigung nicht vorliegt, so wird doch erwartet, daß die Interessen Großbritanniens von Lord Curzon, Lord Balfour, Sir Bortington Evans, Lord Lee und Sir William Tyrer vertreten werden.

Die Völkerverbundversammlung

Genf, 21. September. In der heutigen Völkerverbundversammlung gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die Errichtung einer nationalen, von der türkischen Herrschaft unabhängigen armenischen Heimstätte veranlaßt. Der vorwiegend telegraphische Bericht über die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen aus der Türkei, wobei er erklärte, daß es ihm möglich gewesen sei, ungefähr 400 000 Kriegsgefangene heimzuführen. Die Vertreter der deutschen Regierung und der Sowjetregierung hätten in bewundernswerter Weise zur Lösung dieser Aufgabe beigetragen und mehr geleistet, als sie versprochen hätten. Rationen forderte die Heimbeförderung der noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen.

Der Papst an den Völkerverbund

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Genf, 22. September. Papst Benedikt XV. hat an den Präsidenten der Völkerverbundversammlung ein Telegramm geschickt, in dem er an die versammelten Vertreter aller Staaten einen warmherzigen Aufruf richtet, sie möchten doch rasche und wirksame Maßnahmen zum Schutze des unglücklichen russischen Volkes ergreifen. Präsident von Arcebeck hat zu Beginn der Verhandlungen von diesem aus allgemein politischen Gründen interessanten Schritt des Papstes bei der Völkerverbundversammlung Kenntnis.

Nachrichten aus Sachsen

Beginn des sächsischen Landtages

Der sächsische Landtag tritt am Dienstag, den 27. September wieder zusammen. Zur Beratung kommen die Beschlüsse über die Grund- und Gemeindefreie, über die Verteilung der persönlichen Volksschulden zwischen Staat und Schulgemeinden in den Rechnungsjahren 1920-21 und über die Verteilung der wirtschaftlichen Verluste der Verbundenen.

Die Tagesordnung lautet: 1. Dritte Beratung über den Entwurf eines Grundbesitzgesetzes sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben. 2. Zweite Beratung über den Entwurf eines Gewerbesteuergesetzes, sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben. 3. Dritte Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über die Verteilung der persönlichen Volksschulden zwischen Staat und Schulgemeinden in den Rechnungsjahren 1920 und 1921 (worauf am Montag, den 26. d. M. eine Ausschussführung des Landtages stattfinden wird). 4. Zweite Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über die Verteilung der wirtschaftlichen Verluste der Verbundenen, sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben. — Die vielfach verbreitete Annahme, daß die in der Zwischenzeit eingegangenen Anfragen und Anträge auch mit verhandelt werden und es dadurch zu politischen Auseinandersetzungen kommen werde, trifft nicht zu. Der Landtag ist im Juni d. J. ausdrücklich verlagert und die Zwischenanfragen sind lediglich zur Verabschiedung der Steuerentwürfe und Anträge werden erst in der im November wieder beginnenden Tagung des Landtages auf die Tagesordnung kommen.

In der Dienstag-Sitzung des Sonderausschusses des sächsischen Landtages machte Finanzminister Held über die Finanzlage des sächsischen Staates einige interessante Angaben. So führte er an, daß das Defizit im Staatshaushalt zur Zeit 879 Millionen Mark beträgt. Ende dieses Jahres würde es auf 1,5 Milliarden angewachsen sein, und Ende 1922 die Höhe von zwei Milliarden Mark erreicht haben. Als Gründe für diese unerfreuliche Gestaltung der Staatshaushaltsrechnung führte der Minister an, daß Sachsen allein 340 Millionen Mark mehr Schulden als bisher zu tragen haben würde, und daß die Einnahmen aus der sächsischen Staatsforstwirtschaft um 128 Millionen Mark zurückgegangen sind.